F 4763 A

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

22. Jahrgang | Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. Januar 1969 | Nummer 2

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20040	16. 12. 1968	RdErl. d. Innenministers Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Abschnitte II bis IV des Ersten Vereinfachungsgesetzes	30
203030	10. 12. 1968	RdErl. d. Finanzministers Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Landes (Kantinenrichtlinien)	30
2170	6. 12. 1968	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Bestimmungen über die Gewährung von Landesdarlehen zur Förderung von Baumaßnahmen kommunaler und freier gemeinnütziger sozialer Einrichtungen im Bereich der Sozialhilfe	30
2435	5. 12. 1968	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Durchführung des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz – HHG); Betriebsmittelanforderung, Buchung, Abrechnung und Rechnungsprüfung	31
302	16. 12. 1968	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Änderung der Zahl der Kammern bei den Gerichten für Arbeitssachen im Lande Nordrhein-Westfalen	31

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Finanzminister	
18. 12. 1968	RdErl. – Rechnungslegung, Vorprüfung und Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1968 – Bundeshaushalt –	36
	Arbeits- und Sozialminister	
11. 12. 1968	Mitt. – Aufstellung über die vom Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. November 1968 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 1. Dezember 1968	31
16. 12. 1968	Bek. – Immissionsschutz; Schulungsprogramm 1969	36
	Justizminister	
12. 12. 1968	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Amtsgerichts Bensberg	36
12. 12. 1968	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Amtsgerichts Essen	36
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 64 v. 16. 12. 1968	37
	Nr. 65 v. 20. 12. 1968	37
	Nr. 66 v. 23. 12. 1968	38
	Nr. 67 v. 30. 12. 1968	38
	Nr. 68 v. 30. 12. 1968	38
	Nr. 69 v. 31. 12. 1968	38
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 24 v. 15. 12. 1968	39

I.

20040

Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Abschnitte II bis IV des Ersten Vereinfachungsgesetzes

RdErl. d. Innenministers v. 16. 12. 1968 — I C 2/15 — 20.31

Die Anlage zu den Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Abschnitte II bis IV des Ersten Vereinfachungsgesetzes v. 28. 11. 1957 (SMBl. NW. 20040) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

   Amtsfreie Gemeinden und Ämter mit mindestens 20 000 Einwohnern nach der vom Statistischen Landesamt auf den 30. Juni 1968 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung

2. Unter der Überschrift Regierungsbezirk Arnsberg werden gestrichen

   nach dem Wort „Pelkum" das Wort „Amt"
   sowie
   die Worte

   „Rhynern, Amt
   Unna — Kamen, Amt".

— MBl. NW. 1969 S. 30.

203030

Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Landes (Kantinenrichtlinien)

RdErl. d. Finanzministers v. 10. 12. 1968 — B 3115 — 0.3 — IV A 4

I. Mein RdErl. v. 20. 10. 1961 (SMBl. NW. 203030) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister mit Wirkung vom 1. 1. 1969 wie folgt geändert:

1. Nummer 9 erhält folgende Fassung:

   Nr. 9

   (1) Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit wird vollbeschäftigten Landesbediensteten mit ungeteilter Arbeitszeit bei Teilnahme an einer Kantinenverpflegung für jeden Arbeitstag eine um 0,60 DM verbilligte Mittagsmahlzeit gewährt. Als vollbeschäftigt gelten Verwaltungsangehörige, die regelmäßig mindestens 40 Stunden in der Woche beschäftigt sind. In Ausnahmefällen (z. B. bei Schichtdienst) kann mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde zugelassen werden, daß die Verbilligung auch für eine Mahlzeit außerhalb der Mittagszeit gewährt wird. Der Begriff der Mittagsmahlzeit schließt kalte Speisen, die üblicherweise als Mahlzeit eingenommen werden, einschließlich belegter Brote und Backwaren, sowie zusätzlich gereichte alkoholfreie Getränke ein. Die Verbilligung darf nicht für andere Speisen und Waren, insbesondere nicht für Tabakwaren und Süßigkeiten, eingeräumt werden. Nummer 2 Abs. 2 bleibt unberührt.

   (2) Eine verbilligte Mittagsmahlzeit nach Absatz 1 darf nicht gewährt werden, wenn die Bediensteten

   a) verpflichtet sind, an einer aus öffentlichen Mitteln verbilligten Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen,

   b) freie Station erhalten,

   c) keinen Dienst verrichten (z. B. wegen Krankheit, Urlaub) oder auf Dienstreise bzw. im Außendienst tätig sind und an diesen Tagen an der Mittagsmahlzeit in der Kantine nicht teilnehmen,

   d) Trennungsentschädigung (einschließlich Verpflegungszuschuß), Zehrzulagen, Nachtdienstentschädigung oder Bewegungsgelder erhalten.

   Das gleiche gilt für Tage, an denen weniger als 7 Stunden gearbeitet wird.

2. Nummer 10 Abs. 1 Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

   Die Berechtigung zur Teilnahme an der verbilligten Mittagsmahlzeit hat der Bedienstete durch Vorlage eines Gutscheines über 0,60 DM nachzuweisen. Die Gutscheine, die im voraus gegen Empfangsbestätigung für einen Zeitraum von längstens einem Monat auszugeben sind, müssen den Tagesaufdruck, den Wert und die ausgebende Dienststelle enthalten.

3. Nummer 10 Abs. 2 wird gestrichen.

4. Nummer 10 Abs. 3 wird Absatz 2.

5. In Nummer 10 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

   (3) Der Zuschuß des Landes in Höhe von 0,60 DM für eine Mittagsmahlzeit wird den Kantinen, Vertragsgaststätten usw. gegen Vorlage der Gutscheine unmittelbar gewährt.

6. Nummer 11 Satz 3 erhält folgende Fassung:

   Haben Landesbedienstete bei einer anderen Dienststelle des Landes am Dienstort oder einem Nachbarort im Sinne des Landesreisekostengesetzes Dienstgeschäfte zu erledigen, können sie deren Kantine benutzen.

7. Nummer 14 erhält folgende Fassung:

   Die Ausgaben für den Zuschuß nach Nr. 10 Abs. 3 sind bei Titel 298 (Zuschuß zur Gemeinschaftsverpflegung) des zuständigen Haushaltskapitels zu verbuchen.

II. Durch vorstehende Änderung der Kantinenrichtlinien wird der Zuschuß der Verwaltung den Kantinen, Vertragsgaststätten usw. unmittelbar gewährt. Die Zahlungen unterliegen damit als Zuschüsse aus öffentlichen Kassen nach § 10 Abs. 1 Satz 3 UStG 1967 nicht der Umsatzsteuer. Ich bitte anzustreben, daß die hierdurch erzielte Ersparnis zur Verbesserung oder Verbilligung der Mahlzeiten verwandt wird.

— MBl. NW. 1969 S. 30.

2170

Bestimmungen über die Gewährung von Landesdarlehen zur Förderung von Baumaßnahmen kommunaler und freier gemeinnütziger sozialer Einrichtungen im Bereich der Sozialhilfe

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 6. 12. 1968 — IV A 4 — 5700.0

Mein RdErl. v. 7. 11. 1967 (SMBl. NW. 2170) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 3.6 wird gestrichen.

2. In Nummer 4.1 (1) werden im ersten Absatz die Worte „und bis zu 100 % der Mehrkosten für angemessene bauliche Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung" gestrichen.

3. In der Anlage 2 wird in Abschnitt A. II. die Nummer 4. gestrichen. Nummer 5. wird Nummer 4., Nummer 6. wird Nummer 5.

4. In der Anlage 2 wird die dem Abschnitt A. II. unter „Nachrichtlich:" angefügte Bemerkung „In den Kosten zu II sind an Mehrkosten (nur für zusätzlich notwendige Aufwendungen) für angemessene bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ..... DM enthalten." gestrichen. Hierfür ist zu setzen: „Gebäuderestwert ..... DM".

5. In der Anlage 2 werden im Abschnitt B. III., Nummer 2. die Worte „und im Gebäuderestwert (bei Wiederaufbauvorhaben)" gestrichen.

6. In der Anlage 2 werden im Abschnitt B. IV. unter die Worte „Summe der Finanzierungsmittel I—IV" die Worte „Nachrichtlich: Anteil der Alteigenleistung im Gebäuderestwert (bei Wiederaufbauvorhaben) ..... DM" gesetzt.

7. In der Anlage 3 werden in Nummer 1. die Worte „und von ..... v. H. zu den anerkannten Mehrkosten für angemessene bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung von ..... DM, mithin insgesamt von höchstens" gestrichen. Hierfür ist zu setzen: „, höchstens jedoch von".

— MBl. NW. 1969 S. 30.

2435

Durchführung des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz — HHG)

Betriebsmittelanforderung, Buchung, Abrechnung und Rechnungsprüfung

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 5. 12. 1968 — IV C 1 — 9330 — 69 — 215/68

Mein RdErl. v. 15. 10. 1962 (SMBl. NW. 2435) wird mit Wirkung vom 1. 1. 1969 wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Worte „in der Fassung vom 25. Juli 1960 (BGBl. I S. 579)" gestrichen.

2. Nummer 1.2 erhält folgende Fassung:
„Die Ausgaben sind im Bundeshaushalt bei Kap. 26 02 Tit. 681 06, etwaige Einnahmen bei Kap. 26 02 Tit. 119 99 nachzuweisen."

— MBl. NW. 1969 S. 31.

302

Änderung der Zahl der Kammern bei den Gerichten für Arbeitssachen im Lande Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 16. 12. 1968 — II 1 — Arb 1064

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1267), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1185), bestimme ich im Einvernehmen mit dem Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen unter Änderung meines RdErl. v. 8. 9. 1967 (SMBl. NW. 302) die Zahl der allgemeinen Kammern bei den Landesarbeitsgerichten Düsseldorf und Hamm mit Wirkung vom 1. Januar 1969 wie folgt:

a) Landesarbeitsgericht Düsseldorf mit Kammern in Köln	12 Kammern
b) Landesarbeitsgericht Hamm	8 Kammern.

— MBl. NW. 1969 S. 31.

II.

Arbeits- und Sozialminister

Aufstellung über die vom Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. November 1968 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 1. Dezember 1968

Mitt. d. Arbeits- und Sozialministers v. 11. 12. 1968 — II 1 — 7222

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
	Gewerbegruppe III (Bergbau)		
23489	Lohntarifvertrag für Arbeiter des westfälischen Schieferbergbaus einschließlich der dazugehörigen Aufbereitungsanlagen vom 22. 10. 1968 . .	1. 10. 1968	2220/26
23490	Tarifvertrag über Urlaubsgeld wie vor	1. 1. 1969	2220/27
23491	Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen für Angestellte der Bergbau-Spezialgesellschaften im Bundesgebiet vom 11. 11. 1968	1. 11. 1968	4648
	Gewerbegruppe IV (Steine und Erden)		
23492	Lohntarifvertrag für Arbeiter und Lehrlinge der Firma Wisthoff & Co., Glashütten, Essen-Steele, vom 25. 6. 1968	1. 7. 1968	3868/15
23493	Tarifvertrag vom 25. 6. 1968 für alle Beschäftigten der Firma Wisthoff & Co., Glashütten, Essen-Steele — Übernahme des Tarifvertrages über technologische Maßnahmen in der Gruppe I der Hohlglaserzeugungsindustrie im Bundesgebiet vom 19. 6. 1968	1. 7. 1968	3868/16
23494	Gehaltstarifvertrag für Angestellte, Meister, Lehrlinge und Anlernlinge der Schleifmittelindustrie im Bundesgebiet vom 3. 10. 1968 (abgeschlossen mit der IG Chemie — Papier — Keramik)	1. 10. 1968	4104/23
23495	Gehaltstarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit der DAG	1. 10. 1968	4104/24
23496	Gehaltstarifvertrag vom 17. 10. 1968 wie vor, abgeschlossen mit dem DHV	1. 10. 1968	4104/25

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
23497	Tarifvertrag über Löhne, Gehälter und Vergütungen für alle Arbeitnehmer der Deutschen Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung AG — DELOG — Gelsenkirchen-Rotthausen vom 25. 6. 1968	1. 6. 1968	4245/12
23498	Lohntarifvertrag für Arbeiter, Lehrlinge und Anlernlinge der Schleifmittelindustrie im Bundesgebiet vom 3. 10. 1968	1. 10. 1968	4415/6
	Gewerbegruppe V—X (Eisen-, Metall- und Elektroindustrie)		
23499	Tarifvertrag über Zuschläge zu den Entgelten in 29 Preisverzeichnissen für Heimarbeiter in der Solinger Besteckindustrie vom 22. 10. 1968 . . .	1. 9. 1968	2130/2
23500	Gehaltstarifvertrag für Angestellte und Meister des Kraftfahrzeuggewerbes in Nordrhein-Westfalen vom 9. 9. 1968 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 10. 1968	3715/27
23501	Lohntarifvertrag für Arbeiter des Maschinenbauer-, Schlosser-, Schmiede-, Werkzeugmacher-, Dreher-, Metallformer- und Metallgießerhandwerks in Nordrhein-Westfalen vom 23. 10. 1968 (abgeschlossen mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband)	1. 11. 1968	4390/24
23502	Gehaltstarifvertrag für Angestellte und Meister des Maschinenbauer-, Schlosser-, Schmiede-, Werkzeugmacher-, Dreher-, Metallformer- und Metallgießerhandwerks in Nordrhein-Westfalen vom 1. 10. 1968 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 10. 1968	4534/16
23503	Gehaltstarifvertrag für Angestellte und Meister des Maschinenbauer-, Schlosser-, Schmiede-, Werkzeugmacher-, Dreher-, Metallformer- und Metallgießerhandwerks in Nordrhein-Westfalen vom 23. 10. 1968 (abgeschlossen mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband)	1. 11. 1968	4534/17
	Gewerbegruppe XI (Chemische Industrie)		
23504	Lohntarifvertrag für Arbeiter und Lehrlinge in den Betrieben der Deutschen Shell Aktiengesellschaft im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 27. 9. 1968	1. 10. 1968	2916/13
23505	Schlichtungsvereinbarung für die Firma Gerro Plastik GmbH, Mönchengladbach, vom 3. 9. 1968	1. 9. 1968	4446/7
23506	Tarifvertrag über Urlaubsdauer und Urlaubsgeld für alle Arbeitnehmer der Firma Gerro Plastik GmbH, Mönchengladbach, vom 18. 10. 1968	1. 1. 1969	4446/8
23507	Tarifvertrag über die Verkürzung der Arbeitszeit wie vor	1. 10. 1969	4446/9
23508	Tarifvertrag über Arbeitswertlöhne für Arbeiter sowie über die Gehälter und Vergütungen für Angestellte, Meister, Lehrlinge und Anlernlinge der Firma Gerro Plastik GmbH, Mönchengladbach, vom 18. 10. 1968 . .	1. 1. 1969	4446/10
23509	Gehaltstarifvertrag für Angestellte, Meister und Lehrlinge der Deutschen Shell Aktiengesellschaft im Bundesgebiet vom 27. 9. 1968	1. 10. 1968	4507/3
	Gewerbegruppe XII (Textilindustrie)		
23510	Vereinbarung für die Textilveredelung zum Lohntarifvertrag für die Krefelder Textilindustrie vom 22. 10. 1968	1. 1. 1969	3565/44
	Gewerbegruppe XIII (Papierindustrie)		
23511	Änderungsvertrag vom 28. 5. 1968 zum Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer der Papier erzeugenden Industrie im Bundesgebiet und in West-Berlin in der Fassung vom 25. 1. 1966 (abgeschlossen mit der Gewerkschaft Papier — Chemie — Keramik — Glas)	1. 6. 1968	3220/63
23512	Tarifvertrag über die vollkontinuierliche Arbeitsweise (Durchfahrvertrag) für Arbeiter der Papierindustrie im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 28. 5. 1968 (abgeschlossen mit der Gewerkschaft Papier — Chemie — Keramik — Glas)	1. 6. 1968	3220/64
23513	Tarifvertrag für die Zellstoffindustrie wie vor	1. 6. 1968	3220/65
23514	Tarifvereinbarung über die Festlegung der Zeitlöhne für Arbeiter der Firma Niederrheinische Papier- und Kartonfabrik GmbH, Neuß, vom 7. 11. 1968	1. 9. 1968	3220/66
23515	Schlichtungsvereinbarung für die Firma Gerro Karton GmbH, Hilden, vom 3. 9. 1968	1. 9. 1968	4557/6
	Gewerbegruppe XVII (Holzgewerbe)		
23516	Lohntarifvertrag für Arbeiter der holzverarbeitenden Industrie im Landesteil Nordrhein vom 10. 9. 1968	1. 9. 1968/ 1. 3. 1969	4410/45
23517	Vereinbarung über die Vergütungen für Lehrlinge, Anlernlinge und Umschüler in der holzverarbeitenden Industrie im Landesteil Nordrhein vom 10. 9. 1968	1. 9. 1968	4410/46

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
	Gewerbegruppe XIX (Nahrungs- und Genußmittelindustrie)		
23518	Lohntarifvertrag für Arbeiter und Lehrlinge von 4 Betrieben der Stärkeindustrie in Nordrhein-Westfalen vom 8. 11. 1968	1. 10. 1968	3610/10
23519	Lohntarifvertrag für Arbeiter der Firma Karl-Gustav Poth, Spiritusvertrieb, Dortmund-Dorstfeld, vom 25. 10. 1968	1. 10. 1968	4080/10
23520	Gehaltstarifvertrag für Angestellte, Meister und Lehrlinge der Mühlenindustrie in Nordrhein-Westfalen vom 3. 10. 1968 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 10. 1968	4271/9
23521	Vereinbarung vom 9. 8. 1968 zur Änderung des Manteltarifvertrages für gewerbliche Arbeitnehmer der Süßwarenindustrie im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 16. 5. 1965	1. 9. 1968/ 1. 1. 1969	4384/5
23522	Vereinbarung vom 9. 8. 1968 zur Änderung der Vereinbarung über die Regelung der saisonbedingten Arbeitszeit für Kraftfahrer und Beifahrer der Süßwarenindustrie im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 16. 5. 1965	1. 1. 1968	4384/6
23523	Lohn- und Gehaltstarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer, Molkerei- und Käsereifachleute sowie Lehrlinge der Sauermilchkäsereien und Kochkäsereien im Bundesgebiet mit Protokollnotiz vom 15. 3. 1968	1. 3. 1968	4585/2
23524	Gehaltstarifvertrag für kaufmännische Angestellte wie vor	1. 3. 1968	4585/3
	Gewerbegruppe XXI (Baugewerbe)		
23525	Lohntarifvertrag für Arbeiter des Malerhandwerks in Nordrhein-Westfalen vom 18. 10. 1968	1. 1./ 1. 10. 1969	4101/10
23526	Tarifvertrag vom 17. 9. 1968 zur Ergänzung des Gehaltstarifvertrages für Angestellte, Poliere, Lehrlinge und Anlernlinge der Säureschutzindustrie im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 1. 7. 1968 (abgeschlossen mit der DAG)	1. 7. 1968	4407/38
23527	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit der IG Bau — Steine — Erden	1. 7. 1968	4407/39
23528	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit der IG Chemie — Papier — Keramik	1. 7. 1968	4407/40
	Gewerbegruppe XXII (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke)		
23529	Zweiter Tarifvertrag vom 14. 4. 1966 zur Ergänzung des Tarifvertrages zur Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse für Arbeiter der Emschergenossenschaft, des Lippeverbandes, der Linksniederrheinischen Entwässerungsgenossenschaft, des Ruhrverbandes und des Ruhrtalsperrenvereins vom 17. 1. 1963	1. 7. 1965	4156/3
23530	Dritter Tarifvertrag vom 1. 8. 1967 wie vor	1. 4. 1966	4156/4
23531	Vierter Tarifvertrag vom 15. 1. 1968 wie vor	1. 1./ 1. 11. 1967	4156/5
23532	2. Nachtragsvereinbarung vom 15. 11. 1968 zum Manteltarifvertrag für alle Arbeitnehmer der Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg GmbH, Herford, vom 18. 12. 1964	1. 1. 1968	4297/2
23533	Gehaltstarifvertrag für alle Arbeitnehmer der Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg GmbH, Herford, vom 15. 11. 1968	1. 8. 1968	4297/3
23534	Tarifvertrag zur Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse der Angestellten der Emschergenossenschaft, des Lippeverbandes, der Linksniederrheinischen Entwässerungsgenossenschaft, des Ruhrverbandes und des Ruhrtalsperrenvereins vom 19. 12. 1961	1. 4. 1961	4645
23535	Erster Tarifvertrag vom 11. 3. 1964 zur Änderung des vorstehenden Tarifvertrages	1. 4. 1962/ 1. 1./1. 2./ 1. 5. 1963/ 1. 4. 1964	4645/1
23536	Zweiter Tarifvertrag vom 1. 4. 1967 wie vor	1. 7. 1964/ 1. 1. 1965/ 1. 1. 1966/ 1. 4./ 1. 7. 1966	4645/2
23537	Dritter Tarifvertrag vom 1. 8. 1967 wie vor	1. 4. 1966/ 1. 1. 1967	4645/3
23538	Vierter Tarifvertrag vom 15. 1. 1968 wie vor	1. 1. 1967	4645/4
	Gewerbegruppe XXIV (Groß- und Außenhandel)		
23539	Änderungsvereinbarung vom 22. 11. 1968 zu Ziff. 4 der Anlage zum Lohnabkommen für Arbeiter in den Betriebsstellen der Großeinkaufsgenossenschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH im Bundesgebiet vom 13. 5. 1966	1. 10. 1968	4499/34

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
	Gewerbegruppe XXV (Einzelhandel)		
23540	Tarifvertragliche Vereinbarung für alle Arbeitnehmer der Möbelbezugs-GmbH & Co. KG, Rheinhausen — Geltung der Tarifverträge für den Einzelhandel mit Zusätzen —, mit Protokollnotiz vom 5. 9. 1968 . . .	1. 9. 1968	4370/14
	Gewerbegruppe XXVII (Bank-, Börsen- und Versicherungswesen)		
23541	Vergütungstarifvertrag Nr. 6 für Angestellte der Knappschaften und der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften im Bundesgebiet vom 23. 1. 1968	1. 1. 1968	3885/44
23542	Dreizehnter Tarifvertrag vom 19. 6. 1968 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für Angestellte der Knappschaften im Bundesgebiet (KnAT) vom 12. 6. 1961	1. 1. 1968	3885/45
23543	Vierzehnter Tarifvertrag vom 20. 6. 1968 wie vor	1. 1. 1968/ 1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	3885/46
23544	Anschlußtarifvertrag mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten vom 2. 9. 1968 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 6 für Angestellte der Knappschaften und der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften vom 23. 1. 1968 und zum Tarifvertrag über die Lehrlingsvergütungen bei den Knappschaften vom 25. 1. 1968	1. 1. 1968	3885/47
23545	Anschlußtarifvertrag mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten vom 20. 9. 1968 zum Dreizehnten und Vierzehnten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Knappschafts-Angestelltentarifvertrages (KnAT) vom 19. bzw. 20. 6. 1968	1. 1. 1968/ 1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	3885/48
23546	Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 9. 1968 zum Tarifvertrag über Reisekostenvergütung für Angestellte der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände im Bundesgebiet vom 4. 4. 1966 (abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten)	1. 7. 1968	3906/71
23547	Änderungstarifvertrag vom 19. 8. 1968 zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer bei den Innungskrankenkassen und ihren Verbänden im Bundesgebiet vom 30. 12. 1966 (abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten)	1. 1. 1968	3908/30
23548	Tarifvertrag Nr. 183 vom 1. 10. 1968 zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 119 über Kinderzuschläge für Arbeiter der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte im Bundesgebiet und in West-Berlin vom 5. 8. 1964 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1968/ 1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	4296/51
23549	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten	1. 1. 1968/ 1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	4296/52
23550	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit der Gewerschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund	1. 1. 1968/ 1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	4296/53
23551	Tarifvertrag vom 1. 10. 1968 zur Änderung des Lohntarifvertrages für Haus- und Küchenpersonal in Einrichtungen der Bergbau-Berufsgenossenschaft, Bochum, vom 25. 4. 1968	1. 7./ 1. 10. 1968	4364/18
	Gewerbegruppe XXVIII (Verkehrsgewerbe)		
23552	Tarifvertrag Nr. 246 a vom 14. 8. 1968 zur Änderung des Tarifvertrages für Arbeiter der Deutschen Bundespost vom 6. 1. 1955 (abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft)	1. 10. 1968	2400/94
23553	Tarifvertrag Nr. 246 b wie vor, abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband und der Christlichen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals	1. 10. 1968	2400/95
23554	Tarifvertrag Nr. 247 a vom 14. 8. 1968 über Bestimmungen für die maschinelle Lohnabrechnung zur Änderung des Tarifvertrages für Arbeiter der Deutschen Bundespost vom 6. 1. 1955 (abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft)	1. 4. 1969	2400/96
23555	Tarifvertrag Nr. 247 b wie vor, abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband und der Christlichen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals	1. 4. 1969	2400/97
23556	Tarifvertrag Nr. 248 a über die Abgeltung von Mehrleistungen der Angestellten der Deutschen Bundespost im Weihnachtsverkehr 1968 vom 14. 10. 1968 (abgeschlossen mit der Deutschen Postgewerkschaft)	Weihnachten 1968	3784/82

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Vereinbarung:	In Kraft gesetzt:	Tar.-Reg.-Nr.
23557	Tarifvertrag Nr. 248 b wie vor, abgeschlossen mit dem Deutschen Postverband und der Christlichen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals	Weihnachten 1968	3784/83
	Gewerbegruppe XXX (Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen)		
23558	Tarifvertrag über die Eingruppierung von Angestellten des Bundes in der Preisverhandlung, Preisprüfung sowie im Beschaffungswesen und in der Vertrags- und Instandsetzungsabrechnung (Ergänzung des Teils III Abschnitt L der Anlage 1 a zum BAT) vom 17. 9. 1968 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und der DAG)	1. 10. 1968	3750/541
23559	Tarifvertrag vom 17. 10. 1968 wie vor, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund	1. 10. 1968	3750/542
23560	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft HBV für Bund und Gemeinden vom 11. 11. 1968 zum Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Tarifvertrag über Reisekostenvergütung für Angestellte von Bund, Ländern und Gemeinden vom 30. 4. 1968	1. 5. 1968	3750/543
23561	Anschlußtarifvertrag mit dem Marburger Bund vom 21. 11. 1968 zum Vierzehnten bis Neunzehnten Tarifvertrag zur Änderung des Bundes-Angestelltentarifvertrages für Angestellte von Bund, Ländern und Gemeinden vom 15. 12. 1965 bis 7. 2. 1968	1. 1. 1968/ 1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	3750/544
23562	Zehnter Tarifvertrag vom 1. 11. 1968 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für Angestellte des Landschaftsverbandes Rheinland (ATR) vom 25. 5. 1962	1. 7. 1968	3994/67
23563	2. Änderungsvertrag vom 1. 9. 1968 zur Sondervereinbarung für Arbeiter des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in der Land- und Forstwirtschaft vom 30. 12. 1963 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1969	4001/111
23564	Anschlußtarifvertrag mit der Gewerkschaft der Polizei vom 8. 11. 1968 zu den Änderungstarifverträgen Nr. 1 und Nr. 2 zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis für Arbeiter des Bundes vom 12. 1. 1967 bzw. 14. 5. 1968 sowie zum Ergänzungstarifvertrag Nr. 10 zum Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes (MTB II) vom 14. 5. 1968	1. 7. 1968	4225/97
23565	Achter Tarifvertrag vom 30. 10. 1968 zur Änderung des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (MTArb II) vom 15. 7. 1964	1. 7. 1968	4258/27
23566	Tarifvertrag über Kinderzuschläge für alle Arbeiter des Landschaftsverbandes Rheinland vom 1. 11. 1968 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV)	1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	4331/25
23567	Tarifvertrag über Kinderzuschläge für Arbeiter im Straßenunterhaltungsdienst des Landschaftsverbandes Rheinland vom 1. 11. 1968 (abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter)	1. 1. 1969/ 1. 1. 1971	4332/26
23568	Tarifvertrag zur Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse für Angestellte des Deutschen Studentenwerkes e. V., Bonn, vom 9. 9. 1968	1. 10. 1968	4646
23569	Tarifvertrag für Arbeiter wie vor	1. 10. 1968	4646/1
23570	3. Änderungstarifvertrag vom 28. 10. 1968 zum Tarifvertrag zur Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse für Arbeiter des Studentenwerks Aachen e. V. an der rhein.-westf. technischen Hochschule Aachen vom 31. 7. 1967	1. 1. 1968	4579/6
23571	Tarifvertrag für Angestellte wie vor	1. 1. 1968	4579/7
23572	Zweiter Tarifvertrag vom 1. 11. 1968 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer des Landschaftsverbandes Rheinland (VersTV — LVR) vom 2. 1. 1968 (abgeschlossen mit der Gew. ÖTV und DAG)	1. 1. 1967	4603/8
23573	Tarifvertrag wie vor, abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter	1. 1. 1967	4603/9

Für folgende Gewerbegruppen wurden in der Berichtszeit Tarifverträge zur Registrierung nicht vorgelegt:
Gewerbegruppe: I, II, XIV, XV, XVI, XVIII, XX, XXIII, XXVI, XXIX, XXXI und XXXII.

Justizminister

Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Amtsgerichts Bensberg

Bek. d. Justizministers v. 12. 12. 1968 — 5413 E — I B. 61

Bei dem Amtsgericht Bensberg ist der nachstehend näher bezeichnete Dienststempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen in Verlust geraten.

Der Stempel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Stempels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Amtsgerichtsdirektor in Bensberg mitzuteilen.

Beschreibung des Dienststempels:

Gummistempel, Durchmesser 34 mm

Umschrift: Amtsgericht Bensberg

Kennziffer: 27

— MBl. NW. 1969 S. 36.

Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Amtsgerichts Essen

Bek. d. Justizministers v. 12. 12. 1968 — 5413 E — I B. 62

Bei dem Amtsgericht Essen ist der nachstehend näher bezeichnete Dienststempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen in Verlust geraten.

Der Stempel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Stempels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich unmittelbar dem Amtsgerichtspräsidenten in Essen mitzuteilen.

Beschreibung des Dienststempels:

Gummistempel, Durchmesser 35 mm

Umschrift: Amtsgericht Essen

Kennziffer: 165

— MBl. NW. 1969 S. 36.

Finanzminister

Rechnungslegung, Vorprüfung und Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1968 — Bundeshaushalt —

RdErl. d. Finanzministers v. 18. 12. 1968 — I D 3 Tgb.-Nr. 5641/68

Das gemeinsame Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen und des Bundesrechnungshofes betr.

Rechnungslegung über die Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes — Geldrechnung —,

das Vermögen und die Schulden des Bundes — Vermögensrechnung —

sowie Vorprüfung der Rechnungen und Aufstellung der Bundeshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1968 (Rechnungslegungserlaß 1968)

ist im Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen Nr. 33 vom 6. 12. 1968 veröffentlicht worden und kann beim Verlag „Bundesanzeiger" in Köln (Köln I — Postfach) unmittelbar gegen Bezahlung bezogen werden. Aus Gründen der Kostenersparnis wird der Rechnungslegungserlaß 1968 **im MBl. NW. nicht mehr veröffentlicht.**

Die mit der Rechnungslegung (Geldrechnung sowie Vermögensrechnung) für den Bundeshaushalt befaßten Dienststellen und die Vorprüfungsstellen werden daher hiermit auf die Beachtung des Rechnungslegungserlasses selbst und seine Bezugsmöglichkeit besonders hingewiesen und um sorgfältige Ausführung der Abschlußarbeiten sowie um Einhaltung der festgesetzten Termine gebeten.

Die an der Bewirtschaftung des Einzelplans 33 (Versorgung) beteiligten Dienststellen bitte ich, mir für die Aufstellung des Haushaltsbeitrags unmittelbar nach dem Jahresabschluß eine Aufstellung der Einnahmen bei Titel 69 der Kapitel 3307 und 3308 nach den im Haushaltsplan veranschlagten Unterabschnitten 1—4 zu übersenden.

Die Regierungspräsidenten werden angewiesen, die vom Landschaftsverband Rheinland, vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie von den kreisfreien Städten und den Landkreisen benötigte Stückzahl der Nr. 33 des Min.Blattes Fin umgehend zu beschaffen und an sie zu übersenden.

— MBl. NW. 1969 S. 36.

Arbeits- und Sozialminister

Immissionsschutz Schulungsprogramm 1969

Bek. d. Arbeits- und Sozialministers v. 16. 12. 1968 — III B 1 — 8802.43

Die im Jahre 1968 erstmals in der Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz in Essen im Rahmen des Schulungsprogramms „Immissionsschutz" regelmäßig abgehaltenen Kurse über Fragen der Luftreinhaltung und der Bekämpfung von Lärm und Erschütterungen werden im Jahre 1969 fortgesetzt.

Das Schulungsprogramm „Immissionsschutz" bietet die Möglichkeit, in einführenden und fortschreitenden Kursen (Grundkurse, Aufbaukurse) und in Sonderkursen die Probleme des Immissionsschutzes zu studieren. War das Programm bisher im wesentlichen für Bedienstete staatlicher und kommunaler Behörden gedacht, so ist im Jahre 1969 die Basis mit der Einführung von Sonderveranstaltungen für die Industrie und spezielle Fachinstitute verbreitert worden.

Für die Teilnahme an einem Grundkurs werden spezielle Kenntnisse auf dem Gebiet des Immissionsschutzes nicht vorausgesetzt. Die Zahl der Teilnehmer jedes Kurses ist mit Rücksicht auf die praktischen Übungen und Exkursionen auf etwa 30 begrenzt. Für Bedienstete des Landes Nordrhein-Westfalen ist die Teilnahme an den Kursen kostenfrei.

Für 1969 ist folgender Zeitplan vorgesehen:

Kurs A:

Grundkurs „Reinhaltung der Luft"	27. — 31. 1. 1969
für Akademiker	17. — 21. 3. 1969
Dauer: 1 Woche, Gebühr: 60,— DM	22. — 26. 9. 1969

Kurs B:

Grundkurs „Reinhaltung der Luft"	10. — 14. 2. 1969
für Ingenieure	6. — 10. 10. 1969
Dauer: 1 Woche, Gebühr: 60,— DM	

Kurs C:

Grundkurs „Schutz vor Geräuschen	24. — 27. 2. 1969
und Erschütterungen" für Akademiker	27. — 30. 10. 1969
und Ingenieure	
Dauer: 4 Tage, Gebühr: 50,— DM	

Kurs D:

Grundkurs „Immissionsschutz" für	14. — 18. 4. 1969
Techniker	8. — 12. 9. 1969
Dauer: 1 Woche, Gebühr: 60,— DM	

Kurs E:

Aufbaukurs „Reinhaltung der Luft" für Akademiker und Ingenieure
5. — 9. 5. 1969
1. — 5. 12. 1969
Dauer: 1 Woche, Gebühr: 60,— DM

Sonderkurs I:

„Anwendung der Ringelmann- und Rußzahlmethode" für Angehörige der Ordnungsbehörden
20. 6. 1969
21. 11. 1969
Dauer: 1 Tag, Gebühr: 15,— DM

Sonderkurs II:

„Messung von Geräuschen" für Ingenieure
22. — 23. 5. 1969
27. — 28. 11. 1969
Dauer: 2 Tage, Gebühr: 25,— DM

Sonderkurs III:

„Wirkungen von Luftverunreinigungen auf Pflanzen" für Angehörige öffentlicher und privater Fachinstitute
10. — 12. 6. 1969
24. — 26. 6. 1969
Dauer: 3 Tage, Gebühr: 40,— DM

Sonderkurs IV:

„Durchführung des Genehmigungsverfahrens nach §§ 16 ff. GewO" für Angehörige des öffentlichen Dienstes
4. — 5. 3. 1969
11. — 12. 11. 1969
Dauer: 2 Tage, Gebühr: 25,— DM

Sonderkurs V:

„Durchführung des Genehmigungsverfahrens nach §§ 16 ff GewO" für Angehörige der Industrie
6. — 7. 3. 1969
13. — 14. 11. 1969
Dauer: 2 Tage, Gebühr: 25,— DM

Sonderkurs VI:

„Geruchsprobleme" für Akademiker
29. — 30. 5. 1969
Dauer: 2 Tage, Gebühr: 25,— DM
(sowie nach Bedarf in anderen Bundesländern)

Sonderkurs VII:

„Der Immissionsschutz als Faktor der Stadt- und Landesplanung" für Angehörige der mit Planungsfragen befaßten Stellen
20. — 21. 5. 1969
25. — 26. 11. 1969.
Dauer: 2 Tage, Gebühr: 25,— DM

Einzelheiten über das Programm und die verschiedenen Kurse sind einer Broschüre zu entnehmen. die von der Landesanstalt herausgegeben und an Interessenten kostenlos abgegeben wird. Die Broschüre ist im Bereich der Staats- und Kommunalverwaltung bereits von der Landesanstalt verteilt worden; zusätzliche Exemplare können ggf. bei der Landesanstalt angefordert werden.

Anmeldungen und Anfragen für die Kurse sind unmittelbar an die

Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

43 Essen-Bredeney
Wallneyer Straße 6, Tel. 7 99 51

zu richten.

— MBl. NW. 1969 S. 36.

Hinweise

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 64 v. 16. 12. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 1,— DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
2020	12. 12. 1968	**Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Herford und der kreisfreien Stadt Herford**	396

— MBl. NW. 1969 S. 37.

Nr. 65 v. 20. 12. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 1,— DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
2020	18. 12. 1968	**Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Altena und der Stadt Lüdenscheid**	412
2020	18. 12. 1968	**Gesetz über den Zusammenschluß der Gemeinden Binsfeld, Eggersheim, Eschweiler über Feld, Frauwüllesheim, Hochkirchen, Irresheim, Nörvenich, Oberbolheim, Poll und Rath bei Nörvenich, Landkreis Düren**	423
2020	18. 12. 1968	**Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen der kreisfreien Stadt Leverkusen und der Stadt Opladen, Rhein-Wupper-Kreis**	424

— MBl. NW. 1969 S. 37.

Nr. 66 v. 23. 12. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
1101	12. 12. 1968	**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen**	428
2005 2020	18. 12. 1968	Verordnung über Zuständigkeiten im Landkreis Herford	428
2005 2020	18. 12. 1968	Verordnung über Zuständigkeiten im Landkreis Lüdenscheid	428
20302	28. 11. 1968	Verordnung zur Übertragung von Befugnissen auf dem Gebiet des Nebentätigkeitsrechts für den Geschäftsbereich des Kultusministers	429
221	9. 12. 1968	Verordnung über die Führung der von den wissenschaftlichen Hochschulen Österreichs und der Schweiz verliehenen akademischen Grade	430
311	4. 12. 1968	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Jugendstrafsachen	430
45	10. 12. 1968	Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 68 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten	431
45	10. 12. 1968	Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden	431
600	9. 12. 1968	Verordnung über die Änderung der örtlichen Zuständigkeit der Finanzämter Detmold und Lemgo	431
600	18. 12. 1968	Verordnung über die Änderung der örtlichen Zuständigkeit der Finanzämter Altena und Iserlohn	431
600	12. 12. 1969	Verordnung über die Änderung der örtlichen Zuständigkeit der Finanzämter Bünde und Herford	432
7111	10. 12. 1968	Verordnung über die Ermächtigung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeswaffengesetz	432
7832	16. 12. 1968	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Fleischbeschaugesetz (Fleischbeschauzuständigkeitsverordnung – FlZVO – NW)	432
7842	3. 12. 1968	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Umlagen zur Förderung der Milchwirtschaft	433
97	9. 12. 1968	Verordnung NW PR Nr. 11/68 zur Änderung der Verordnung über Hafenabgaben in öffentlichen Rheinhäfen im Lande Nordrhein-Westfalen	433
97	9. 12. 1968	Verordnung NW PR Nr. 12/68 zur Änderung der Verordnung NW PR Nr. 5/56 über die Verkehrsabgaben in den Duisburg-Ruhrorter Häfen	433

— MBl. NW. 1969 S. 38.

Nr. 67 v. 30. 12. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 3,— DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
1112	12. 12. 1968	Verordnung zur Änderung der Kommunalwahlordnung	436

— MBl. NW. 1969 S. 38.

Nr. 68 v. 30. 12. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 1,— DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
1112	12. 12. 1968	Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz)	480

— MBl. NW. 1969 S. 38.

Nr. 69 v. 31. 12. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 1,— DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
	18. 12. 1968	**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1969** (Haushaltsgesetz 1969)	490
	18. 12. 1968	**Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1969** (Finanzausgleichsgesetz 1969 – FAG 1969)	494

— MBl. NW. 1969 S. 38.

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 24 v. 15. 12. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzügl. Portokosten und 5,5 % Mehrwertsteuer)

Seite

Allgemeine Verfügungen

Mitteilungen in Zivilsachen; hier: Persönliche Mitteilungspflichten 277

Gerichtsvollzieherordnung (GVO) 277

Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA) 278

Maßnahmen zur Durchführung der Bewährungsaufsicht; hier: Änderungen 278

Anordnung über die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen im Geschäftsbereich des Justizministeriums (Vertretungsordnung JM NRW) 278

Personalnachrichten 278

Rechtsprechung

Zivilrecht

1. VerglO § 18 Ziff. 2, § 15 I, § 11. — Ein Vergleichsantrag ist schuldhaft verzögert, wenn der Schuldner damit so lange zuwartet, bis das Unternehmen aus Mangel an flüssigen Betriebsmitteln vollständig zusammengebrochen ist. AG Köln vom 11. Januar 1968 — 78 N 6/68 280
2. GG Art. 12. — Der Güternahverkehrstarif (GNT) verstößt gegen Art. 12 GG. OLG Köln vom 17. Januar 1968 — 2 W 4/68 280
3. GVG § 158. — Fehlerhafte Anwendung prozeßleitenden Ermessens stellt bei einem Rechtshilfeersuchen keinen „Rechtsmißbrauch" dar. Zur Prozeßleitung rechnet auch die Wahrung der Prozeßökonomie und Kostenersparnis. — Ebensowenig hängt die Zulässigkeit eines Rechtshilfeersuchens von einer Beteiligung des ersuchten Richters an der Findung bestimmten materiellen Rechts ab. Die Rechtsfindung insgesamt bleibt vielmehr alleinverantwortliche Aufgabe des ersuchenden Spruchkörpers. Dessen Vergrößerung durch einen selbständig mitentscheidenden, ersuchten Richter verbietet die verfahrensmäßige Zuständigkeits-Garantie des „gesetzlichen Richters". OLG Köln vom 7. Februar 1968 — 2 W 13/68 281

Strafrecht

1. StVO § 16 I Ziff. 6. — Das Parkverbot neben dem Mittelstreifen nach § 16 I Ziff. 6 1. Alternative StVO gilt nicht für eine Straße, deren nach Bauart und Verkehrsbestimmung gleichartige Fahrbahnen durch eine Rasenfläche von 40 bis 50 m Breite getrennt und als Einbahnstraße beschildert sind. OLG Köln vom 24. Oktober 1967 — Ss 431/67 282
2. StPO §§ 136 a, 153. — Weist der Sitzungsvertreter der StA auf Befragen minderbelasteter Mitangeklagter diese sachgemäß darauf hin, daß die Einstellung des gegen sie gerichteten Verfahrens nach § 153 StPO den Nachweis strafbaren Verhaltens voraussetze, die sofortige Einstellung daher gewisse Eingeständnisse von ihnen erfordere, so liegt darin kein Verstoß nach § 136 a StPO gegenüber dem Hauptangeklagten. OLG Hamm vom 10. November 1967 — 1 Ss 1382/67 282
3. OWiG § 7. — Die Bußgeldbehörde kann die Verfolgung auf einen aus der Zuwiderhandlung tatsächlich ausscheidbaren natürlichen Vorgang beschränken. Dann darf das Gericht den tatsächlichen Bereich des zur Überprüfung anstehenden Sachverhalts nicht erweitern und Elemente, die im Bußgeldbescheid bewußt oder versehentlich übergangen worden sind, auch dann nicht einbeziehen, wenn sie später von der Bußgeldbehörde nachgeschoben werden. OLG Hamm vom 15. Dezember 1967 — 4 Ws 147/67 283
4. Gesetz über Fernmeldeanlagen §§ 11, 15, 18. — Das vorsätzliche Abhören des Polizeifunks mittels eines Rundfunkgeräts wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft. — Die Unkenntnis des Verbots läßt den Vorsatz unberührt (Verbotsirrtum), kann aber unter Umständen die Schuld und damit die Strafbarkeit ausschließen. OLG Hamm vom 8. Januar 1968 — 4 Ss 1067/67 284

Kostenrecht

1. KostO § 21 I; BBauG §§ 123 ff. — Verpflichtet sich der Grundstückseigentümer gegenüber der Gemeinde, die für ein Baugelände erforderlichen Erschließungsanlagen zu errichten, und übernimmt der Erbbauberechtigte bei Bestellung des Erbbaurechts die hierdurch entstandenen Kosten, so ist diese Verpflichtung auf den Geschäftswert des Erbbaurechtsbestellungsvertrages ohne Einfluß. OLG Hamm vom 30. Oktober 1967 — 15 W 113 u. 133/67 285
2. GKG § 111. — Die Vorschriften über die Kostenbefreiung sind möglichst großzügig anzuwenden. — Eine einstweilige Befreiung von der Vorschußpflicht nach § 111 GKG ist eine Ausnahme von dem Grundsatz, daß vor der Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung der gerichtliche Prozeßkostenvorschuß eingezahlt sein soll. — Der Partei, die auf eine solche Vergünstigung anträgt, muß daher zugemutet werden, zunächst auf Bewilligung des Armenrechts anzutragen und die dazu erforderlichen Unterlagen dem Gericht einzureichen, um auf diese Weise dazu beizutragen, jenes Hindernis für die Prozeßführung auszuräumen. OLG Köln vom 17. November 1967 — 9 W 96/67 286
3. BRAGebO § 97. — Die Vorschrift ist entsprechend anzuwenden, wenn ein nicht zum Pflichtverteidiger bestellter Rechtsanwalt infolge eines Kanzleiversehens ein gerichtliches Bestellungsschreiben erhalten hat, das seine Bestellung und Anordnung des zuständigen Strafkammervorsitzenden ausweist und von einer an sich zuständigen Justizangestellten beglaubigt ist, es sei denn, der Rechtsanwalt hätte erkennen müssen, daß die Ausfertigung der Urkunde auf einem Irrtum beruht. OLG Hamm vom 14. Dezember 1967 — 3 Ws 504/67 287

— MBl. NW. 1969 S. 39.

Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.
Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 14.— DM, Ausgabe B 15.20 DM.
Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.